



Nr. 68 | 30.11.2023

## Belarus-Analysen

- Transformation des politischen Systems
- Das Regime und soziale Medien

■ <b>ANALYSE</b>		
Belarus vor den Wahlen: Transformation des politischen Systems 2023		2
Belarusisches Jahrbuch (Belarus)		
■ <b>ANALYSE</b>		
Von der Zensur zum Kampf um Wählerstimmen: Wie das Regime in Belarus mit sozialen Netzwerken arbeitet		6
Alesia Rudnik (Zentrum für neue Ideen, Warschau)		
■ <b>UMFRAGEN</b>		
Umfrage der Plattform »Narodny Opros« (Juni 2023)		
Wahrnehmung der Digitalisierung des demokratischen Widerstands und Teilnahme an Online-Initiativen		11
■ <b>CHRONIK</b>		
01. September – 27. Oktober 2023		14

## Belarus vor den Wahlen: Transformation des politischen Systems 2023

Belarusisches Jahrbuch (Belarus)

DOI: 10.31205/BA.068.01

### Zusammenfassung

Das politische System, das derzeit in Belarus aufgebaut wird, ist durch eine vollkommene Absage an jedwede institutionalisierte Partizipation der Bevölkerung an der politischen Gestaltung gekennzeichnet; es stützt sich auf den Sicherheitsapparat der Silowiki und auf ausländische Unterstützung. In diesem Zusammenhang erlangen die Verbindungen zu Russland und die prorussischen Haltungen eines beträchtlichen Teils des belarusischen Sicherheitsapparats immer mehr Relevanz. Der Regierung ist ihr geringer Rückhalt in der Bevölkerung bewusst, und sie sieht keinen Weg, ihre Legitimität wiederherzustellen. Die belarusische Propaganda wird in beträchtlichem Maße mit russischen synchronisiert. Ihre traditionellen Narrative werden um Elemente ergänzt, die dem Regime helfen, die Kontrolle über das Privatleben der Belarus\*innen zu verstärken.

### Konturen des neuen politischen Systems

Die Diskussionen über eine notwendige ernste Neuformatierung des politischen Systems des Landes hatten im belarusischen Establishment praktisch sofort unmittelbar nach der politischen Explosion des August 2020 begonnen. Eine umfassende Erklärung allerdings, welche Elemente des Staates ihre Ineffizienz bewiesen hätten und welche Veränderungen vonnöten seien, bekam man von den höchsten Vertretern des Staates oder den Ideolog\*innen letztlich nicht zu hören.

Aufgrund der tatsächlichen Veränderungen lassen sich drei zentrale Richtungen der Neuformatierung herausarbeiten:

#### 1. Weitestgehende Absage an Wahlen

Wahlen werden als potenziell destabilisierender Faktor betrachtet. Sie stellen bis zum äußersten eine Imitation dar und sollen die Möglichkeit verhindern, dass die Wähler\*innen ihren Willen bekunden, und sei es bei »Wahlen ohne Auswahl«, wenn also starke politische Konkurrenten nicht zugelassen werden und das Ergebnis im Voraus feststeht. So vermochte die unabhängige Zeitung »Nascha Niwa« bei den letzten Parlamentswahlen 2019, die Namen von 106 der 110 Abgeordneten vorauszusagen, und zwar allein aufgrund der Posten, die sie zuvor innehatten.

#### 2. Unstrukturierte Teilung der Macht zwischen den verschiedenen Machtzentren

Hier geht es sowohl um Institutionen (Staatssekretariat des Sicherheitsrates, Präsidialadministration), als auch um Personen (z. B. Natallja Katschanawa, die Vorsitzende des Republikrates). Zwischen ihnen erfolgt jedoch keine eingehendere oder genauere Aufteilung der Zuständigkeiten und/oder Verantwortungsbereiche. In der Praxis werden viele sehr wichtige Fragen allem Anschein nach »vom Leben« entschieden, also aufgrund

der jeweiligen konkreten Situation, und nicht auf institutionellem Wege.

#### 3. Ausgliederung der Silowiki aus der Vertikale der Macht

Die politische Rolle der Silowiki hat noch weiter zugenommen; sie werden jetzt vom Staatssekretariat des belarusischen Sicherheitsrates koordiniert und beaufsichtigt. Die Silowiki übernehmen zum Teil die Hebel der Verwaltung und erheben sich dabei über den zivilen Verwaltungsapparat. In diesem Zusammenhang verdienen die Verbindungen nach Russland und die prorussischen Haltungen einer beträchtlichen Anzahl von Angehörigen des Sicherheitsapparates besondere Beachtung.

All das erfüllt eine *politische Funktion*: **Es wird keiner Institution und keinem\*r Vertreter\*in des Staates, der oder die im Falle einer wiederholten politischen Krise eigenständig handeln und die Macht in seinen/ihren Händen konzentrieren könnte, erlaubt, sich hervorzuheben.** Das desorganisiert allerdings unausweichlich das System der staatlichen Verwaltung.

Eines der **Schlüsselemente des neuen politischen Systems**, das garantiert jede Möglichkeit für die Bevölkerung verhindern soll, Einfluss auf die Bildung von Verwaltungsorganen zu nehmen oder an Entscheidungen beteiligt zu sein, soll die »**Allbelarusische Volksversammlung**« (belar.: WNS) werden. Diese Konstruktion ist anscheinend von Anfang an unter internem Druck entworfen worden, der unter anderem von Seiten der Nomenklatura erfolgte. Dieser mussten gewisse Perspektiven aufgezeigt werden, und zwar für einen Übergang nach einem Abgang Lukaschenkas – und dementsprechend für die eigene Sicherheit.

Der juristische Status der WNS ist in der neuen Redaktion der Verfassung festgeschrieben, die im Februar 2022 durch ein »Referendum« verabschiedet wurde. Das Referendum wurde allerdings unter erheb-

lichen Verstößen der nationalen Gesetzgebung und der grundlegenden Regeln für faire und demokratische Abstimmungen abgehalten. Unter anderem hebt die Kampagne »Menschenrechtler für freie Wahlen« hervor, dass die Behörden keine unabhängigen Wahlbeobachter in die Wahllokale gelassen hätten. Denjenigen Beobachtern dann, die zugelassen wurden, verwehrte man einen freien Blick auf die Stimmauszählung. Das alles bietet keine Grundlage, den Ergebnissen dieses Referendums zu trauen und sie als realen Ausdruck des Willens der Wähler\*innen in Belarus zu betrachten.

Die WNS wandelt sich zu einem sehr wichtigen Machtzentrum. Sie ist bevollmächtigt, die wichtigen Richtungen der Innen- und Außenpolitik zu verabschieden, Verfassungsänderungen vorzuschlagen, Wahlergebnisse aufzuheben, den Präsidenten abzusetzen, den Ausnahme- oder Kriegszustand zu verhängen, Entscheidungen zu treffen, die für sämtliche Behörden der staatlichen Verwaltung verbindlich sind, sowie Rechtsakte und Entscheidungen staatlicher Stellen (mit Ausnahme der Gerichte) aufzuheben.

Bedenkt man, dass die Delegierten der WNS dort tätig sind, ohne dass sie ihre Arbeitsstellung aufgeben, kann die WNS wohl kaum permanent tätig sein. Folglich sind die wichtigsten Befugnisse beim Präsidium der WNS konzentriert. Über dessen personelle oder zahlenmäßige Zusammensetzung es praktisch keinerlei Informationen gibt – mit Ausnahme des Umstandes, dass es von Aljaksandr Lukaschenka geleitet wird, der dies mit dem Präsidentenamt vereinigt. Diese verwaltungstechnische Schizophrenie – der Vorsitzende der WNS Lukaschenka kontrolliert den Präsidenten Lukaschenka – ist aus mindestens zwei Gründen entstanden, einem psychologischen und einem außenpolitischen.

Lukaschenka ist eindeutig nicht bereit, das Aufkommen irgendeines formalen Gegengewichts zu akzeptieren, das man dann auch im Falle eines Falles im Kampf gegen ihn selbst einsetzen könnte. Die katastrophale Erfahrung mit dem Machtdualismus in Kasachstan dürfte in Minsk kaum für Optimismus gesorgt haben. Auch eine Teilung der Vollmachten zwischen dem Präsidenten und dem Oberhaupt der WNS – wenn es denn zwei verschiedene Personen sind – würde die außenpolitischen Kontakte Lukaschenkas viel schwieriger gestalten. Schließlich wird dessen Legitimität ohnehin de facto angezweifelt, sogar von solch offensichtlich nicht-westlichen Zusammenschlüssen wie BRICS und der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ).

So hat etwa Indien, ein Mitglied von BRICS und der SOZ, die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen 2020 nicht anerkannt. Alle Versuche von Minsk, seinen Status in der SOZ zu erhöhen, sind gescheitert. Zu dem dritten »Belt and Road Forum for International Cooperation«, das im Oktober 2023 stattfand, und an

dem Vertreter\*innen von rund 140 Staaten teilnahmen, war Lukaschenka nicht eingeladen.

In diesem Zusammenhang ist die öffentliche Passivität bezeichnend, mit der die Regierung die Parlaments- und Kommunalratswahlen vorbereitet, die im Februar 2024 auf allen Ebenen anstehen. In der Öffentlichkeit wird über den bevorstehenden einheitlichen Wahltag praktisch nicht berichtet. Und die Zentrale Wahlkommission veröffentlicht keinerlei Informationen, von den Karten der Wahlkreise einmal abgesehen. Stattdessen hat die Regierung ihre Säuberung des ohnehin gesäuberten politischen Raumes verstärkt. Die wichtigsten Treffen zu den »Wahlen« hält Ihar Karpenka, der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, mit Vertreter\*innen des Innenministeriums ab.

All das zeigt, dass **der Regierung in Belarus bewusst ist, dass ihr Rückhalt in der Gesellschaft gering ist und sie keinen Weg sieht, ihre Legitimität wiederherzustellen.** Grundlage des politischen Überlebens ist der Rückgriff auf die Silowiki und die Unterstützung durch Russland.

## Parteiaufbau und Zerstörung

Vor der Krise von 2020 wurde die Möglichkeit eines Übergangs von einem System, in dem Parteien nur eine marginale Rolle spielen, hin zu einem Parteiensystem intensiv in der belarusischen Öffentlichkeit diskutiert. Belebt wurden diese Diskussionen in erster Linie durch Erklärungen verschiedener offizieller Figuren, die die Gründung einer Partei der Macht für wünschenswert hielten. Auch das Interesse der regierungsfreundlichen Parteien an einer Stärkung ihrer Position spielte eine Rolle.

Initiiert wurden diese Diskussionen jedoch aufgrund einer Bedarfs auf der unteren und mittleren Ebene der Elite. Diese richtete sich auf politische Parteien, die vor allem als Instrument für soziale und politische Mobilität betrachtet wurden, sowie für Karrieremöglichkeiten angesichts der nur begrenzt bestehenden sozialen Lifte. Lukaschenka aber ist die Vorstellung von einem Parteiensystem immer fremd gewesen. Regimefreundliche Parteien wurden von ihm vorwiegend als zweitrangige Instrumente wahrgenommen, mit denen propagandistische Narrative über den sozialen Charakter des belarusischen Staates transportiert werden können.

Als offensichtlichste Kandidatin für eine Partei der Macht wurde immer die Republikweite gesellschaftliche Vereinigung »Belaja Rus« betrachtet. Initiativen der Führung von »Belaja Rus«, die in diese Richtung gingen, hatte Lukaschenka mehrfach abgelehnt. Nach der Krise von 2020 musste er jedoch diesen Wünschen der kollektiven Bürokratie entgegenkommen. Der Kongress zur Gründung (auf der Basis von »Belaja Rus«) einer gleichnamigen politischen Partei, fand im März 2023 statt.

Seither ist die Partei allerdings im politischen Raum nicht besonders aktiv gewesen. Zumindest ist in den staatlichen Unternehmen und Einrichtungen mit Stand von November 2023 die Welle der Eintritte nicht besonders intensiv gewesen (wie das bei offen regimetreuen Organisationen wie dem Belarusischen Republikischen Jugendverband oder der Föderation der Gewerkschaften von Belarus sonst üblich ist). Daher sind gegenwärtig keinerlei offensichtliche Unterschiede zwischen der gesellschaftlichen Vereinigung »Belaja Rus« und der gleichnamigen Partei festzustellen.

Demgegenüber ist der Kurs, den das Regime zur Säuberung der Parteienlandschaft eingeschlagen hat, ganz offensichtlich. Lukaschenka hat bereits im September 2020, während der Proteste, öffentlich davon gesprochen, dass eine Neuregistrierung notwendig sei. Und das, obwohl in der belarusischen Gesetzgebung das Konzept einer Neuregistrierung fehlte. Im Februar 2023 jedoch wurde das Gesetz »Über die politischen Parteien« derart geändert, dass die Möglichkeiten des Staates zur Auflösung solcher Zusammenschlüsse beträchtlich ausgeweitet wurden. Zuvor schon hatte in Belarus seit 2000 keine neue Partei eine Registrierung erhalten (ungeachtet mehrfacher Versuche beispielsweise der Christdemokraten).

In der Folge waren **im Herbst dieses Jahres von den 15 Parteien, die in Belarus vor 2023 existiert hatten, nur noch drei übriggeblieben, und zwar regimetreue:** Die »Liberal-Demokratische Partei von Belarus«, die »Kommunistische Partei von Belarus« und die »Republikanische Partei der Arbeit und Gerechtigkeit«, zu denen sich nun die neue regimetreue Partei »Belaja Rus« gesellte.

Einerseits könnte diese Säuberung des politischen Raumes von der Absicht der Regierung zeugen, ein politisches System mit Quasiparteien zu schaffen, in dem einige regimetreue Parteien miteinander darin wetteifern, wie stark sie den Kurs von Lukaschenka unterstützen. Das ist beispielsweise offiziell der wichtigste Punkt des politischen Programms von »Belaja Rus«. Andererseits sind keine anderen Schritte zur Entwicklung des Parteiensystems im Land zu erkennen. Keine der drei jetzt neu registrierten alten Parteien ist in der Öffentlichkeit aktiv geworden oder hat ihre Ambitionen auf einen Platz in der neuen Konstellation angemeldet.

Insgesamt ergibt sich der Eindruck, dass die belarusische Regierung in Bezug auf ein mögliches Parteiensystem noch über keine klaren Vorstellungen verfügt. Die Umwandlung der gesellschaftlichen Vereinigung »Belaja Rus« in eine Partei war anscheinend in vielem nicht nur ein gewisses Zugeständnis an die Nomenklatura (ohne weitere Entwicklung). Es war auch eine Antwort in Richtung Russland, wo in Experten- und Politikerkreisen mehrfach die Frage aufgeworfen wurde, ob

nicht in Belarus die Entwicklung eines Parteiensystems und die Schaffung einer Partei der Macht nach dem Vorbild von »Einiges Russland« notwendig sei.

### **Die Propaganda in der gegenwärtigen Phase: Auf dem Weg in den Totalitarismus?**

Nachdem die Regierung in der Folge der Unterdrückung der gesellschaftlichen Proteste im Sommer und Herbst 2020 die Repressionen verschärfte und diversifizierte, wurde in den nichtstaatlichen Medien und in Expert\*innenkreisen immer häufiger davon gesprochen, dass das Regime in Belarus sich von einem autoritären in ein totalitäres verwandelt. Die Fragestellung ist in gewissem Maße ideologischer Natur, da in der Politikwissenschaft unterschiedliche Auslegungen von »Totalitarismus« bestehen. Die verbreitetste Definition von Totalitarismus ist folgende: Eine Form der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft, bei der das politische Regime bestrebt ist, eine vollständige (totale) Kontrolle über die Menschen und die Gesellschaft zu errichten. Dabei ist es aus Sicht des Regimes die Aufgabe, sämtliche Aspekte des Lebens der Menschen zu kontrollieren und das Entstehen von Opposition in jedweder Form durch den Staat zu unterbinden und zu unterdrücken. Ausgehend von dieser Definition, lässt sich **zweifelloso eine beträchtliche Entwicklung des Regimes in Belarus in Richtung Totalitarismus feststellen.**

Es wurde bereits festgehalten, dass das derzeitige Regime in Belarus jedweder oppositionellen Tätigkeit absolut feindlich gegenübersteht. Das Regime Lukaschenka hat von Beginn an, seit den 1990er Jahren, den Begriff »Opposition« sehr weit gefasst und auch Journalisten\*innen und Menschenrechtler\*innen zu den »Oppositionellen« gezählt. Diese Deutung des Wortes ist jetzt noch stärker ausgeweitet worden. **Jede gesellschaftliche Initiative, die aus Sicht der Regierung oder einzelner ihrer Vertreter\*innen, in irgendeiner Zukunft unter irgendwelchen Umständen, selbst wenn diese gegenwärtig noch nicht bestehen, eine Form von Protest gegen das Regime annehmen kann, wird als oppositionell wahrgenommen und ist entsprechend zu unterdrücken.** Der Grund des Protestes ist dabei belanglos. Das heißt, es ist vollkommen unerheblich, ob der oder die Betreffende einen Regimewechsel anspricht oder sich politisch betätigt. Selbst ein potenzieller Protest zu Alltagsproblemen würde in diesem System sehr stark politisiert werden.

Zum Alltag der Belarus\*innen gehören mittlerweile regelmäßige Überprüfungen der Telefone und verschiedene Arten der Verfolgung (Verhaftungen, Geldstrafen, Entlassungen usw.) wegen Reaktionen in den sozialen Netzwerken, wegen »falscher« Fotos oder Posts. Die Repressionen haben nach Einschätzung des Soziologen Genads Korschunau in den letzten Monaten zwar eine

Art gleichbleibendes Niveau erreicht. Für die Zeit vor dem Urnengang 2024 wird jedoch wieder eine Zunahme erwartet.

Die ständigen Narrative der staatlichen Propaganda in Belarus – über Belarus als Insel der Ruhe, des Friedens und der Prosperität inmitten einer zerfallenden Welt und über den »kollektiven Westen« als Quelle und Verkörperung alles Bösen – sind nach 2020 verstärkt und übersteigert worden.

Zu diesen Narrativen der staatlichen Propaganda sind 2023 neue Thesen und Elemente hinzugekommen:

- Ein **Genozid am belarusischen Volk** während des »Großen Vaterländischen Krieges« (1941–45);
- Der **Kampf gegen LGBT-Personen, bewusste Kinderlosigkeit** (»childfree«) und andere Phänomene, die von der belarusischen Propaganda als vom Westen eingeschleppte Abnormalitäten definiert werden;
- Eine **Militarisierung** aller Bereiche des öffentlichen Lebens, auch bei der propagandistischen Darstellung;
- Ein **beispielloses Niveau von Hassrede, Erniedrigungen und Beleidigungen**, die sich gegen jeden richten können, der der politischen Illoyalität verdächtigt wird, wie auch gegen andere Staaten und ausländische Politiker\*innen;
- Das **Phänomen staatsnaher Blogger\*innen und Expert\*innen, die de facto die russische politische Agenda transportieren** (Wolga Bondarewa, Pjotr Pjatrowski, Aljaksej Dsermant, Wadsim Gigin, Andrej Mukawostschyk, Aljaksandr Schpakowski u. a.);
- Ein **hoher Synchronisierungsgrad zwischen belarusischer und russischer Propaganda**.

Die Ziele dieser propagandistischen Narrative sind nicht so offensichtlich, wie es scheinen mag. Fast alle scheinen auf eine lange Perspektive und die Stärkung einer Vision von einer Zukunft für Belarus gerichtet. Bei anderen Aspekten der Entwicklung des Landes neigt die Regierung weniger dazu, irgendwelche langfristigen Konstruktionen zu entwerfen, schon gar nicht welche, die womöglich nachhaltig wären.

So stellt sich die intensiv verbreitete Geschichte vom Genozid am belarusischen Volk während des »Großen Vaterländischen Krieges« bei näherem Hinsehen als Variante der Vorstellung vom »kollektiven Westen« als Ursprung und Verkörperung allen Übels heraus. Im Rahmen dieser Szenarios spielen historische Gegebenheiten überhaupt keine Rolle; sie dienen lediglich als bequemer Hintergrund für antiwestliche Demagogie. Jeder Einwand wird umgehend als Lobpreisung des Faschismus und Nazismus hingestellt, wodurch den Opponenten keine Möglichkeit für eine wissenschaftliche Diskussion gelassen wird.

Zum Teil gehören auch die Szenarien über LGBT-Personen und Kinderlosigkeit zu dieser Serie, die ange-

lich die belarusische Gesellschaft zersetzen. Parallel setzt die Regierung jetzt aktiver eine Rhetorik über den Schutz traditionellen Werte und demographische Sicherheit ein. Die Maßnahmen für demographische Sicherheit können allerdings erst wenigstens 15 bis 20 Jahre nach ihrer Verabschiedung voll wirksam werden. Bislang jedoch unternimmt die belarusische Regierung mit einer Hartnäckigkeit, die eine bessere Verwendung verdient hätte, etwas Gegenteiliges: Sie drängt und drängen die Belarus\*innen ins Ausland. Beispielsweise durch Pläne zur obligatorischen Zuweisung der Arbeitsplätze für zahlungspflichtige Studierende oder durch Verschärfung der Regeln bei der Rekrutierung von Wehrpflichtigen.

In der Praxis verfolgt die propagandistische Rhetorik über LGBT und demographische Sicherheit usw. sehr viel kurzfristigere Ziele. Damit soll nämlich die Kontrolle über das Privatleben der Menschen verstärkt und zusätzliche Hebel für deren öffentliche Diskreditierung erzeugt werden. Gleichzeitig kann man sich selbst bestimmte positive Merkmale zuschreiben, da man sich ja um den »Schutz traditioneller Werte« kümmere. Gleichzeitig ist es beispielsweise rational schwierig, die Familie von Lukaschenka als mustergültigen Inbegriff der »traditionellen Familie« und der »traditionellen Werte« aufzufassen. Seit seiner Wahl zum Präsidenten 1994 lebt Lukaschenka nicht mehr mit seiner offiziellen Frau Galina Lukaschenka zusammen. Er lässt sich nicht scheiden, tritt aber bei unterschiedlichen Veranstaltungen mit anderen Frauen in Erscheinung. 2004 wurde sein unehelicher Sohn Mikalaj geboren, dessen Existenz und Status Lukaschenka keineswegs verheimlicht. Stattdessen nimmt er ihn seit seinem dritten Lebensjahr überall mit hin, ohne dessen Mutter und ohne deren Namen zu nennen. Als Sechsjähriger wurde Mikalaj von Lukaschenka an den Ort des Terroranschlags von 2011 in der Minsker Metro geführt. 2020 drückte Lukaschenka dem nun 15-Jährigen eine Maschinenpistole in die Hand.

Von nicht geringer Bedeutung ist auch die Synchronisierung der belarusischen Propaganda mit der russischen, sowohl bei den Narrativen wie auch in Bezug auf das intellektuelle und kulturelle Niveau. Die aus den Fernsehern tönenden Beleidigungen (aus der untersten Schublade), die Brandmarkungen, das Konstruieren einer absolut schwarz-weißen Welt sind offensichtlich keine Merkmale, dass eine Propaganda effektiv ist. Sie spiegeln vielmehr wider, welche Rhetorik in Richtung seiner politischen Opponenten (im weiteren Sinne), von der derzeitigen belarusischen Führung als notwendig betrachtet wird.

Das Niveau der Analysen durch die in Belarus aktiver gewordenen offen prorussischen Propagandist\*innen und Blogger\*innen zeigt sehr deutlich, dass eine **allgemeine Entprofessionalisierung erfolgt, die alle**

**Lebensbereiche erfasst.** Es verweist in gewissem Maße auch darauf, **wie groß die Hysterie ist, die in der Elite herrscht.**

### Fazit

Die zunehmende Entprofessionalisierung des Verwaltungsapparates schränkt in erheblichem Maße den Einsatz politischer, und eben nicht gewaltsamer Verwaltungsmethoden ein. Der Sicherheitsapparat mit seinen weitreichenden Verbindungen nach Russland und seinen prorussischen Stimmungen ersetzt immer mehr die Behörden der Zivilverwaltung, und das vor dem Hintergrund der vielschichtigen belarusischen Abhängigkeit von Russland.

### Über den Autor

»Belarusskij Jeschegodnik« (dt.: »Belarusisches Jahrbuch«) ist ein analytischer Sammelband, der einen komplexen Überblick über die Ereignisse und Tendenzen des Jahres in verschiedenen Bereichen von Staat und Gesellschaft in Belarus bietet. Er erscheint seit 2008 unter der Ägide des Expert\*innen-Netzwerks »Nasche mnenije« (dt.: »Unsere Meinung«; <https://nmn.media/>). Der Autor möchte anonym bleiben. Er ist der Redaktion persönlich bekannt.

Nachdem sie keine wesentlichen Erfolge dabei erreichte, nach den Protesten von 2020 die »Seite der Geschichte umzuschlagen« und seine Legitimität wiederherzustellen, versucht die belarusische Regierung, die Konturen eines institutionell neu gestalteten politischen Systems auszuloten, unter anderem durch eine Institutionalisierung der »Belarusischen Volksversammlung« und eine Umwandlung von »Belaja Rus« in eine Partei der Macht. Diesen Veränderungen fehlt das Systemische. Sie fügen sich nicht zu einem klaren Bild, und zwar wegen der fehlenden Bereitschaft Lukaschenkas zu einem politischen Übergang.

*Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder*

## ANALYSE

# Von der Zensur zum Kampf um Wählerstimmen: Wie das Regime in Belarus mit sozialen Netzwerken arbeitet

Alesia Rudnik (Zentrum für neue Ideen, Warschau)

DOI: 10.31205/BA.068.02

### Zusammenfassung

Autoritäre Regime versuchen, die eigene Stabilität mit unterschiedlichen Mitteln zu gewährleisten: durch Repressionen, Zensur oder Säuberung des zivilgesellschaftlichen und politischen Raumes. Für viele Regime besteht das Hauptziel jedoch nicht darin, nur zu bestehen, sondern die Legitimität sichtbarer zu machen. In einer Zeit, in der sich die sozialen Netzwerke schnell entwickeln, in der der öffentliche Raum für alternative Meinungsäußerungen größer geworden ist, greifen Autokraten für ihre Zwecke auf den Einsatz digitaler Plattformen zurück. Das Regime in Belarus ist hier keine Ausnahme, stellt aber einen interessanten Fall dar. An ihm kann der Übergang von den Repressionen als Reaktion auf die Proteste 2020 hin zu einem proaktiven Kampf um die Wählerschaft nachverfolgt werden. Der Beitrag untersucht, wie und zu welchem Zweck das Regime in Belarus die digitalen Plattformen Telegram und TikTok nutzt.

### Wie setzt das Regime in Belarus »oppositionelle« Plattformen für sich ein?

2020 wurde Telegram zu einer der zentralen Kommunikationsplattformen, mit deren Hilfe die Arbeit der Freiwilligen der zivilgesellschaftlichen Kampagne »ByCovid« koordiniert wurde. Die sollte das medizinische Personal und die Bevölkerung während der Pandemie unterstützen. Telegram kam auch bei den Wahlkämp-

fen von Wiktar Babaryka, bei den Wahlbeobachtungsinitiativen von »Honest People« und bei der alternativen digitalen Stimmauszählung von »Golos« zum Einsatz. Auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes waren diejenigen Telegram-Kanäle am populärsten, die über die Wahlkämpfe der oppositionellen Kandidat\*innen berichteten, vor möglichen Blockaden des Internets warnten und über Methoden informierten, mit denen man diese

umgehen kann. Die großen Telegram-Kanäle begannen am Vorabend des Wahltages, von möglichen Wahlfälschungen zu berichten und die Leute dazu aufzurufen, die Verkündung der Wahlergebnisse vor Ort in den Wahllokalen abzuwarten. Der Wahltag entwickelte sich auf organische Weise zu einer Mobilisierung der Belarus\*innen auf den Straßen des Landes. In diesem Moment wandelte sich die Rolle der großen Telegram-Kanäle wie NEXTA («Jemand»), «Belarus holownoho mosga» («Belarus des Gehirns»), «Maja kraina Belarus» («Mein Land Belarus») und die schnell populärer werdenden lokalen Kanäle (Bresz97, Hrodna97, Homel97 usw.). Sie koordinierten und mobilisierten nun die Belarus\*innen. Von da an füllten auch unabhängige Medien, oppositionelle Politiker\*innen, Aktivist\*innen und spontan organisierte »Compunities« von Bürger\*innen die Telegram-Kanäle mit einer regimiekritischen Agenda und entsprechenden Narrativen.

Nach Angaben von »Netobservatory« haben die Behörden in Belarus in den ersten drei Tagen der Proteste über 150 Millionen IP-Adressen blockiert und damit für rund 80 Prozent der belarusischen Bevölkerung den Zugang zum Internet gesperrt. Diese Maßnahme kam das Regime in Belarus recht teuer zu stehen, sowohl im direkten wie im übertragenen Sinne. Zum einen kostete die dreitägige Abschaltung des Internet mit Hilfe der DPI-Technologie des US-amerikanischen Unternehmens »Sandvine« Schätzungen zufolge mindestens 57 Millionen US-Dollar. Zweitens ist es dem Regime nicht gelungen, den Zugang zum Internet vollständig zu unterbinden. Und eine der Plattformen, die weiterhin funktionierten (wenn auch mit Unterbrechungen und über VPN) war Telegram. Dadurch gelangten Millionen Belarus\*innen auf die eine oder andere Weise auf der Suche nach Informationen zur Plattform Telegram. Als das Internet wieder eingeschaltet wurde, nutzten bereits Millionen Belarus\*innen die Plattform, und zwar nicht nur für direkte Kommunikation zur Koordinierung der Proteste, sondern auch, um alternative Nachrichten zu lesen.

Telegram hat auf organische Weise die Assoziation von einer regimiekritischen Plattform erzeugt. Daher haben Forscher\*innen die Proteste in Belarus auch als »Telegram-ed Revolution« bezeichnet und der Plattform eine zentrale Rolle für die sehr wichtige Kommunikation innerhalb der Protestbewegung zugeschrieben. Auf jeden Fall wandten sich die Belarus\*innen auf der Suche nach einer alternativen medialen Agenda an Telegram-Gruppen und -Kanäle.

Als sich die Proteste entfalteten, ließ sich die Präsenz regimiefreundlicher Akteure auf der Plattform höchstens durch ein Ausspionieren von Führungspersonen der Proteste auf nationaler oder lokaler Ebene erklären. Nach einigen Monaten tauchten allerdings auf Telegram auch

verschiedene Kanäle regimiefreundlicher Stimmen auf. So registrierte beispielsweise Ryhor Asaronak, einer der notorischen Sprecher\*innen des Regimes im Dezember 2020 dort seinen Kanal. Ihar Tur, ein anderer Moderator propagandistischer Programme im staatlichen Fernsehen, tat das im Juli 2021. Heute nutzt fast jede staatliche Behörde (angefangen von städtischen Exekutivkomitees bis hin zu den Kammern des Parlaments) Telegram als Alternative zu Internetauftritten und veröffentlichen dort Presseerklärungen über ihre Tätigkeit sowie ideologische Publikationen. Außerdem ist zu beobachten, dass es eine Zunahme propagandistischer Kanäle von Einzelpersonen gibt, deren Rhetorik auf eine offene Unterstützung des Regimes abzielt.

Dadurch wird Telegram – anders als 2020 – nicht mehr ausschließlich als Plattform wahrgenommen, die im belarusischen Segment des Internet regimiekritische Inhalte verbreitet. Regimiefreundliche Akteure nutzen nun die Plattform ganz ungezwungen, um ihre alternative Agenda voranzutreiben.

Die Chronologie des regimiefreundlichen Segments auf TikTok unterscheidet sich hiervon. Anders als bei Telegram hatten oppositionelle Kräfte diese Plattform 2020 nicht als zentrales Koordinationsmittel für die Proteste und als Kanal für ihre Narrative genutzt. Dem Regime ist jedoch bewusst, dass die Kommunikation mit den Bürger\*innen eines Landes, in dem die Internetnutzung zunimmt, sich unter anderem auf neue und wachsende Plattformen stützen muss. TikTok ist eine davon. Die Plattform ist das am schnellsten wachsende soziale Netzwerk in Belarus. Heute nutzen rund 38 Prozent der Bevölkerung über 18 Jahre TikTok. Zum Vergleich: Instagram nutzen 46 Prozent und Facebook nur 9 Prozent. Im folgenden Abschnitt werden die wichtigsten Strategien der regimiefreundlichen Stimmen bei der Nutzung von Telegram und TikTok.

### Strategien der regimiefreundlichen Stimmen auf Telegram und TikTok

Im Rahmen einer gemeinsamen Studie des »Zentrums für neue Ideen« und der »Friedrich-Ebert-Stiftung« zur Digitalisierung des prodemokratischen Widerstands in Belarus hat das Forschungsteam des Zentrums für neue Ideen ein Monitoring des prodemokratischen und des regimiefreundlichen Segments bei TikTok und Telegram durchgeführt. Über 12 Wochen hinweg, von Mai bis Juli 2023 wurde beobachtet, wie und wofür das Regime Telegram und TikTok einsetzt. Die Aufmerksamkeit galt Tausenden Videos und Publikationen von jeweils 35 Telegram-Kanälen und TikTok-Accounts sowie Tausende Videos unter 30 regimiefreundlichen Hashtags. Das wichtigste Fazit des Monitorings besteht darin, dass **sowohl Telegram wie auch TikTok in hohem Maße regimiefreundliche Agenden beherbergen**. Regime-

freundliche Akteure nutzen die Plattformen als Arena für ihre öffentlichen Erklärungen, für Reaktionen auf Ereignisse in anderen Ländern, zur Diskreditierung ihrer politischen Opponenten und zur Verbreitung ihrer Narrative.

Der wichtigste Unterschied besteht darin, auf welche Weise das Regime Telegram TikTok nutzt, was in der Struktur und in den Möglichkeiten der jeweiligen Plattform begründet ist. So überwiegen etwa bei Telegram Textnachrichten, im Format von Analysen und der Erörterung von Nachrichten durch populäre Akteure. Gleichzeitig überwiegen bei TikTok Inhalte, die von individuellen Nutzern produziert wurden, als Videos mit kurzen Überblicken zu konkreten, eng gefassten Themen. Das ist in der Struktur von TikTok angelegt. Die Plattform bietet keine Möglichkeit, längere Textdokumente zu veröffentlichen. Gewöhnlich sprechen die Nutzer\*innen in die Kamera. Außerdem kann jeder individuelle Nutzer auf TikTok populär werden, der angesagte Musik, Filter und Hashtags verwendet, weil nämlich die Algorithmen Inhalte bevorzugen, die als aktuell eingestuft werden. Bei Telegram erfolgt die Förderung von Kanälen über eine Verknüpfung von Posts und Weiterleitungen von einem Kanal zum anderen. Auf diese Weise wird jeweils die Reichweite der Inhalte auf den beiden Plattformen bedingt. Wenn wir im Fall von Telegram im Schnitt von Tausenden Views einer Publikation sprechen, erreichen die populären regimetreue Videos auf TikTok Tausende oder gar Millionen Viewer. Und einige Hashtags, unter denen Videos gepostet werden, erreichen Milliarden Views. Zu diesen »milliardenschweren« Hashtags gehören #лукашенко (#lukaschenko; 6,2 Mrd. Views) und #забеларусь (#fürbelarus; 154 Mio.). So erreichte der Hashtag #lukaschenka während des Monitoringzeitraums 500 Millionen zusätzliche Views und wurde an rund 5.000 neue Videos angehängt.

Gestützt auf die Daten des Monitorings lassen sich einige **Hauptaspekte des Einsatzes von Online-Plattformen durch das Regime beschreiben.**

### 1. Diskreditierung politischer Opponenten

Ein großer Teil der Inhalte von regimetreuen Kanälen entfällt auf Diskussionen über Krisen in den Reihen politischer Opponenten und des belarusischen demokratischen Kräfte. So haben regimetreue Nutzer auf Telegram im Sommer die Spaltung in der Organisation ByPol diskutiert, einer Organisation emigrierter ehemaliger Sicherheitskräfte. In der Folge waren daraus zwei neue Organisationen entstanden, ByPol und BelPol. Die regimetreuen Nutzer\*innen begründeten das mit einer angeblichen »Unterschlagung von Budgetmitteln«, einer »Finan-

zierung von Zichanouskaja durch den Westen« und dem Vorwurf an demokratische Politiker\*innen, sie hätten die Belarus\*innen für ihre persönlichen Zwecke manipuliert und ausgenutzt. Die Strategie der Diskreditierung politischer Gegner\*innen überwiegt bei Telegram und nutzt oft eine aggressive Rhetorik, vulgäre Ausdrücke oder Hassrede. Das Forschungsteam hob hervor, dass vor dem Hintergrund dieses Kommunikationsstils die Äußerungen von Lukaschenka und anderer Politiker\*innen des Regimes nicht mehr ganz so radikal erscheinen. Ein wichtiger Aspekt ist auch, dass die regimetreuen Nutzer\*innen unter politischen Opponent\*innen nicht nur die demokratischen Kräfte verstehen, sondern auch die EU-Staaten und die USA. Im Fokus der Telegram-Nutzer\*innen standen die Wahlen in Polen sowie Proteste in Frankreich und den USA. Besondere Aufmerksamkeit galt der Interpretation politischer Ereignisse in westlichen Ländern durch das Prisma »gescheiterter Staat«, in dem die Regierung angeblich nicht in der Lage sei, die Migrationsströme und die Unzufriedenheit der Bevölkerung unter Kontrolle zu bringen.

### 2. Konzentration der Inhalte auf ideologische Narrative

Den meisten Inhalten, die über regimetreue Kanäle und Profile verbreitet werden, liegt die Strategie zugrunde, die eigenen ideologischen Narrative zu transportieren. Fasst man die Beobachtungen zu den ideologischen Pfeilern der regimetreuen Inhalte zusammen, so wird **Belarus dort als ein Nachfolgestaat des Russischen Reiches und der Sowjetunion mit einem hohen Grad an Unabhängigkeit dargestellt. Das Land unterhalte freundschaftliche Beziehungen zu Russland, sei nicht durch westliche Werte von Freiheit verdorben, verfüge über eine starke Wirtschaft und Verteidigungsfähigkeit. Das derzeit herrschende Regime, die große russische Kultur und der orthodoxe Glaube würden geachtet.** Ideologische Narrative durchziehen oft auch die Videos regimetreuer Nutzer auf TikTok. So sind beispielsweise unter den Hashtags »#sabelarus« und »#ямыбатька« (»#ichwirbatka«; Batka ist ein Spitzname von Lukaschenka; d. Red.) Erklärvideos zu finden, in denen die weiß-rot-weiße Flagge als Erbe des Nazismus und die lateinbasierte belarusische Schrift als Folge einer Polonisierung der belarusischen Länder bezeichnet wird. Eine besondere Rolle kommt in den ideologischen Narrativen der Religion zu. Anders als das belarusische staatliche Fernsehen sind die sozialen Netzwerke mit Skizzen zur Rolle der orthodoxen Kirche in Belarus überfüllt. Die Werte der Orthodoxie werden in einen Kontrast zur westlichen Kultur gesetzt und als einziger, richtiger Weg für die Entwicklung von Belarus dargestellt.



### 3. Kontextualisierung der Ereignisse in Belarus mit dem Krieg in der Ukraine

Der Krieg in der Ukraine fungiert als Prisma zur Analyse der politischen Ereignisse innerhalb und außerhalb von Belarus. Die regimetreue belarusischen Nutzer\*innen kritisieren die Regierung der Ukraine für deren »Verrat am eigenen Volk und an den slawischen Brüdern«, loben die Absichten Putins zur »Befreiung und Entnazifizierung der Ukraine« und werfen den demokratischen Kräften vor, die Ukraine zur eigenen Bereicherung öffentlich zu unterstützen, und damit den eigenen politischen Status aufwerten zu wollen. Dabei erinnern regimetreue Nutzer\*innen beim Thema Krieg an die Stabilität in Belarus, die als persönliche Leistung Lukaschenkas dargestellt wird. Besonders deutlich war diese Tendenz vor dem Hintergrund der Meuterei von Jewgenij Prigoschin im Juni 2023 und der Abmachungen über eine Verlegung der Wagner-Gruppe nach Belarus. Die öffentlichen Propagandist\*innen in Belarus haben die Situation um die Meuterei zwar vorsichtig beschrieben – wobei mal Putin glorifiziert, mal die Hoffnungen auf einen Sieg im Krieg unter Prigoschins Führung gesetzt werden –, doch wurde die »friedensstiftende« Rolle Lukaschenkas in den regimetreuen Kanälen unisono lobgepriesen. Narrative dieser Art dominieren in erster Linie in den regimetreuen Kanälen auf Telegram. Allerdings sind im Kontext des Krieges in der Ukraine mildere Formate der belarusischen Agenda auch bei TikTok zu finden. So veröffentlichten z. B. die Kanäle des Innenministeriums und einiger individueller Nutzer\*innen kurze Videos, in denen Angehörige der russischen Streitkräfte als Helden auftreten, die fähig sind, ihre Heimat bei potenzieller Gefahr zu verteidigen. Solche Videos zeigen in der Regel eine Gruppe von Militärs, die Parolen über die Bereitschaft zur Verteidigung von Belarus rufen sowie patriotische sowjetische Lieder und die offizielle belarusische Hymne singen.

### 4. Unterstützung regimetreuer Führungspersonen über eine Objektivierung und Romantisierung

In regimetreuen Telegram-Kanälen erscheint Lukaschenka als einzig möglicher Herrscher sowie als Garant der Unabhängigkeit und Entwicklung von Belarus. Leistungen auf lokaler und nationaler Ebene – von einer guten Ernte in einer Kolchose bis hin zu gestiegenen Löhnen und Gehältern – werden in den Augen regimetreuer Nutzer\*innen als persönlicher Verdienst Lukaschenka zugeschrieben. Bei TikTok ist ein weniger deutlicher Fokus auf Lukaschenka zu beobachten. Auf dieser Plattform nimmt allerdings Lukaschenkas Sohn Mikalaj den Platz eines erfolgreichen und Hoffnung spendenden Politikers ein. Bei TikTok

finden sich Tausende Videos mit großen Klickzahlen, die berichten, wie sich Mikalaj Lukaschenka von einem Kind zu einem jungen Erwachsenen entwickelt habe, der Eishockey spielt und bei wichtigen politischen Treffen zugegen ist. Verschiedene visuelle Darstellungen von Mikalaj werden oft von romantischer Musik, Inschriften zur Beschreibung seines Äußeren, sowie von Kuss- und Herzen-Emojis begleitet. Da es diese Videos auf TikTok zu Tausenden gibt, und ein Teil davon von staatlichen Accounts verbreitet wird, und nicht von individuellen Nutzer\*innen, lässt sich das als Werbung für die Figur Mikalaj Lukaschenka mittels Romantisierung betrachten.

Abschließend lässt sich hervorheben, dass die Strategien der regimetreuen Akteure viel breiter gestreut sind, was eine längere Untersuchung erfordert. Allerdings ist bereits jetzt offensichtlich, dass das Regime in Belarus Kurs auf eine stärkere Präsenz auf digitalen Plattformen genommen hat, die von Belarus\*innen im In- und Ausland genutzt werden.

### Warum wechselt das Regime zu populären digitalen Plattformen?

Das Regime in Belarus ist nicht das einzige, das digitale Plattformen nutzt, und zwar nicht nur zur Identifizierung und Zensur von Dissident\*innen, sondern auch als zusätzliche Plattform zur Gestaltung seiner Narrative. Daher lässt sich – gestützt auf wissenschaftliche Untersuchungen autoritärer Regime – die zunehmende Präsenz regimetreuer Narrative und die Bevölkerung von einst »regimekritischen« Plattformen mit regimetreuen Nutzer\*innen durch eine Reihe von Faktoren erklären.

- Wie demokratische Regime haben auch autoritäre Regime einen Bedarf nach **Legitimität**. Und sei es nur eine scheinbare. Das ist (unter anderem) der Grund, warum die meisten autoritären Regime Ressourcen einsetzen, um Wahlen abzuhalten, mit Hilfe von GONGOs (staatlich kontrollierte Organisationen, die den Anschein einer aktiven Bürgerbeteiligung erwecken) den Anschein eines funktionierenden zivilgesellschaftlichen Sektors zu wecken und ein gewisses Maß an Meinungsfreiheit zuzulassen. Das macht es möglich, seine Position als moderner Staat zu stärken, mit dem man versuchen kann, sich auf internationaler Bühne zu einigen. Legitimierungsversuche in sozialen Netzwerken zielen darüber hinaus auf die **Generierung eines scheinbaren Rückhalts in der Bevölkerung** ab. Das ist auch der Grund, warum autoritäre Führer oft auf propagandistische Kampagnen zurückgreifen und sich vor Wahlen die Unterstützung durch Blogger\*innen und Medienprominenz erkaufen. Indem sie Ressourcen für proaktive Online-Aktivitäten einsetzen, hoffen

autoritäre Regime, einen Teil der Wählerschaft für sich zu gewinnen, was es ermöglichen würde, den Aufwand für Repressionen und Wahlfälschung zu reduzieren.

- Die Schaffung des Anscheins eines gesellschaftlichen Rückhalts und die Gestaltung grundlegender Narrative im digitalen Raum befördert die **Mobilisierung und Konsolidierung der politischen Eliten**, die sich um eine gemeinsame Vision von der Entwicklung des Landes scharen sollen. Zudem hilft diese Technologie bei der Filtration der bereits ins System eingebundenen Beamten. Falls die Beobachtung zutrifft, dass der Einsatz von Telegram durch sämtliche staatliche Behörden auf einen Befehl von oben zurückgeht, hat das Regime den Bedarf nach einer öffentlichen Demonstration der Loyalität durch politische Eliten und Beamte.

Jedenfalls schafft die Präsenz des Regimes auf populären digitalen Plattformen gewisse Herausforderungen für prodemokratische Nutzer\*innen. Beim Kampf um das Publikum, also die politische Wählerschaft, müssen die demokratischen Kräfte für ihre Reaktion Ressourcen aufwenden: für Anträge auf die Sperrung propagandistischer Kanäle, für die Produktion von Videos, für die Entlarvung von Mythen, die das Regime verbreitet, für die Stärkung der eigenen Medienpräsenz auf digitalen Plattformen... Angesichts der ungleichen Möglichkeiten, Einfluss auf die politische Situation in Belarus zu nehmen, zwingt die verstärkte digitale Präsenz des Regimes die demokratischen Kräfte, neue Kompetenzen zu erlangen und neue Ressourcen für die mediale und politische Auseinandersetzung zu erschließen.

*Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder*

#### *Über die Autorin*

*Alesia Rudnik* ist Politologin und Direktorin des belarusischen unabhängigen Forschungszentrums »Zentrum für neue Ideen« sowie Doktorandin der Politikwissenschaft an der Universität Karlstad. Sie erforscht die Nutzung von Kommunikationstechnologien durch soziale und politische Bewegungen in autoritären Ländern sowie den Einfluss, den die Kooptierung dieser Technologien durch autoritäre Regime auf den politischen Raum hat. Alesia Rudnik hat einen Masterabschluss in Politikwissenschaft von der Universität Stockholm und in Journalismus von der Universität Södertörn. Sie war früher Vorsitzende der Diaspora-Organisation »Sveriges Belarusier« und arbeitete als Expertin bei den Projekten »Belarus Digest« und »Belarus Alert« (Atlantic Council).

#### *Lesetipps*

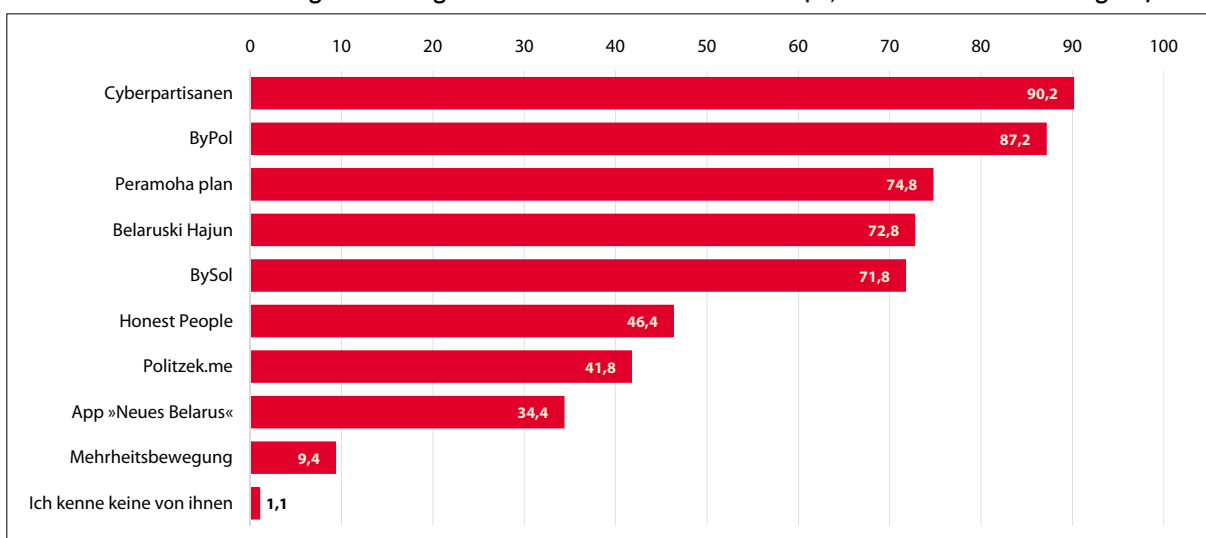
- Rudnik, Alesia: Digital Transformation Trends in Belarusian Democratic Resistance: Narratives, Perceptions, and Reaction of the State; Friedrich-Ebert-Stiftung, October 2023: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/belarus/20684.pdf>

## UMFRAGEN

## Umfrage der Plattform »Narodny Opros« (Juni 2023) Wahrnehmung der Digitalisierung des demokratischen Widerstands und Teilnahme an Online-Initiativen\*

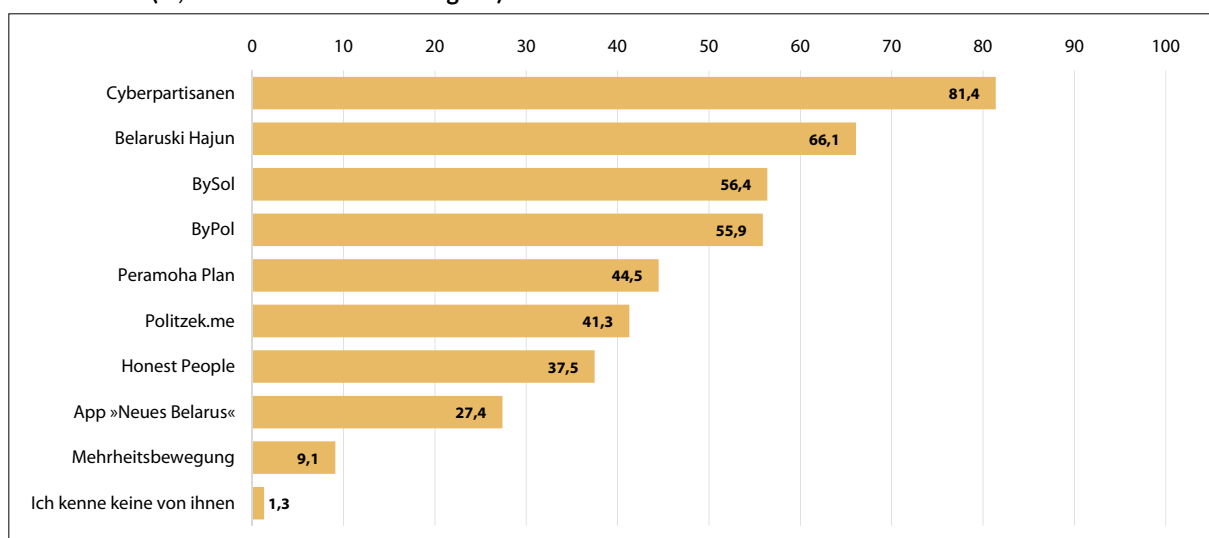
\* Die Umfragen auf der Plattform sind nur für den prodemokratischen Teil der belarusischen Gesellschaft repräsentativ: <https://narodny-opros.net>

**Grafik 1: Welche der folgenden Bürgerinitiativen sind Ihnen bekannt? (% , mehrere Antworten möglich)**



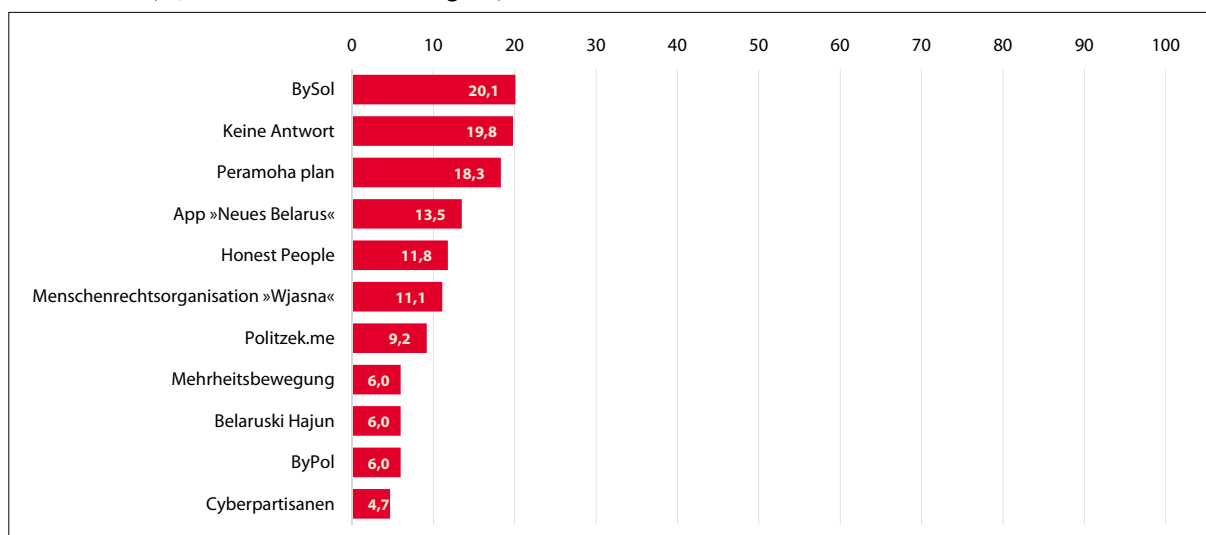
Quelle: Rudnik, Alesia: *Digital Transformation Trends in Belarusian Democratic Resistance: Narratives, Perceptions, and Reaction of the State*, S. 10, Friedrich-Ebert-Stiftung, October 2023, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/belarus/20684.pdf>

**Grafik 2: Welche der aufgeführten Initiativen halten Sie für sinnvoll für Belarus? (% , mehrere Antworten möglich)**



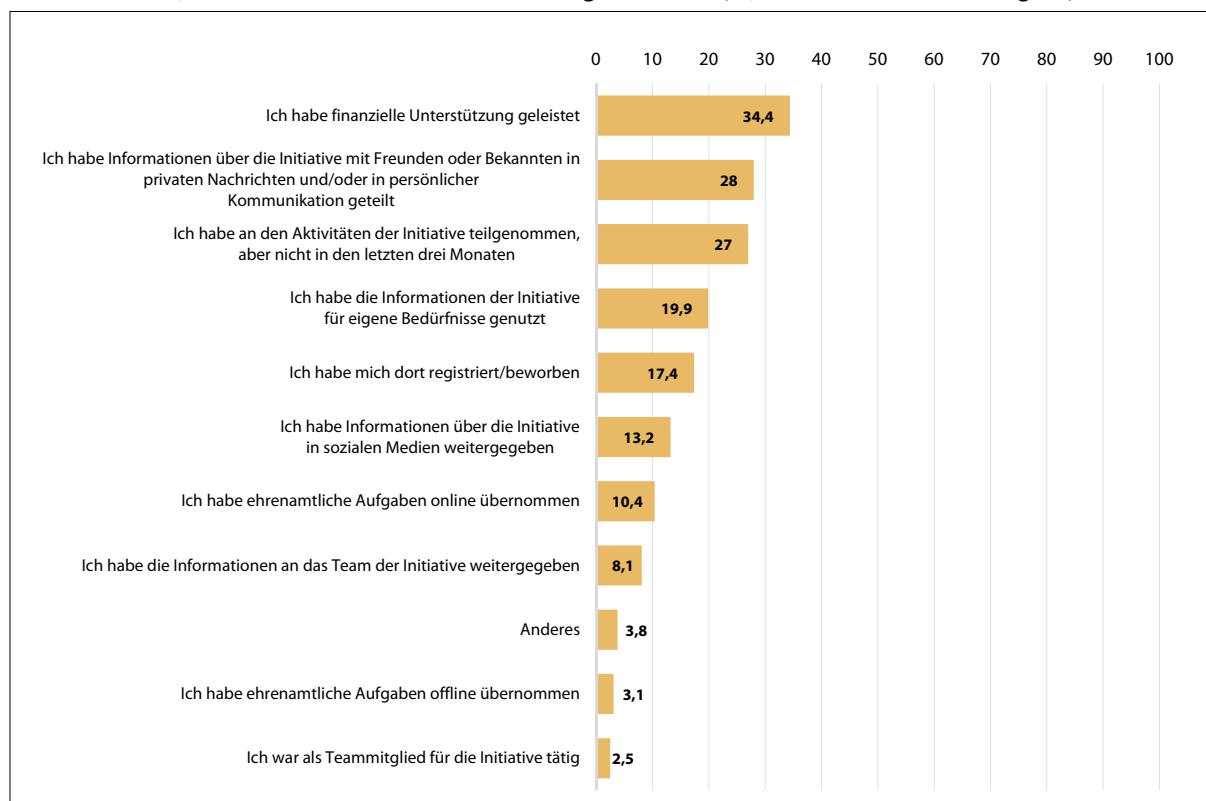
Quelle: Rudnik, Alesia: *Digital Transformation Trends in Belarusian Democratic Resistance: Narratives, Perceptions, and Reaction of the State*, S. 11, Friedrich-Ebert-Stiftung, October 2023, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/belarus/20684.pdf>

**Grafik 3: An welchen der folgenden Initiativen und Communities waren Sie direkt beteiligt? (% , mehrere Antworten möglich)**



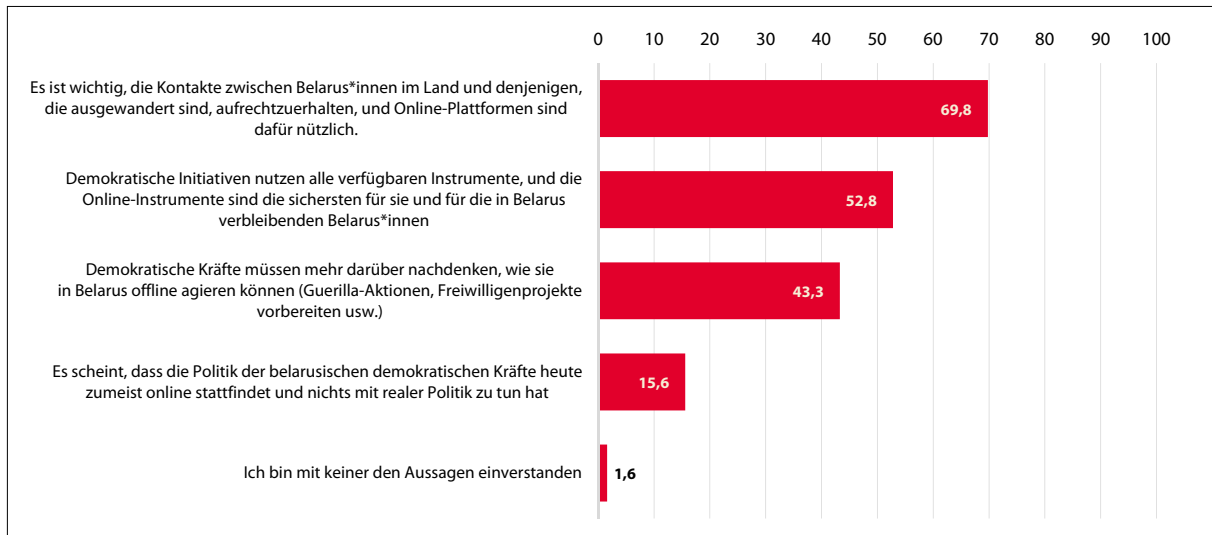
Quelle: Rudnik, Alesia: *Digital Transformation Trends in Belarusian Democratic Resistance: Narratives, Perceptions, and Reaction of the State*, S. 11, Friedrich-Ebert-Stiftung, October 2023, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/belarus/20684.pdf>

**Grafik 4: Wenn Sie an mindestens einer der oben genannten Initiativen beteiligt waren, geben Sie bitte genau an, was Sie in den letzten drei Monaten getan haben (% , mehrere Antworten möglich)**



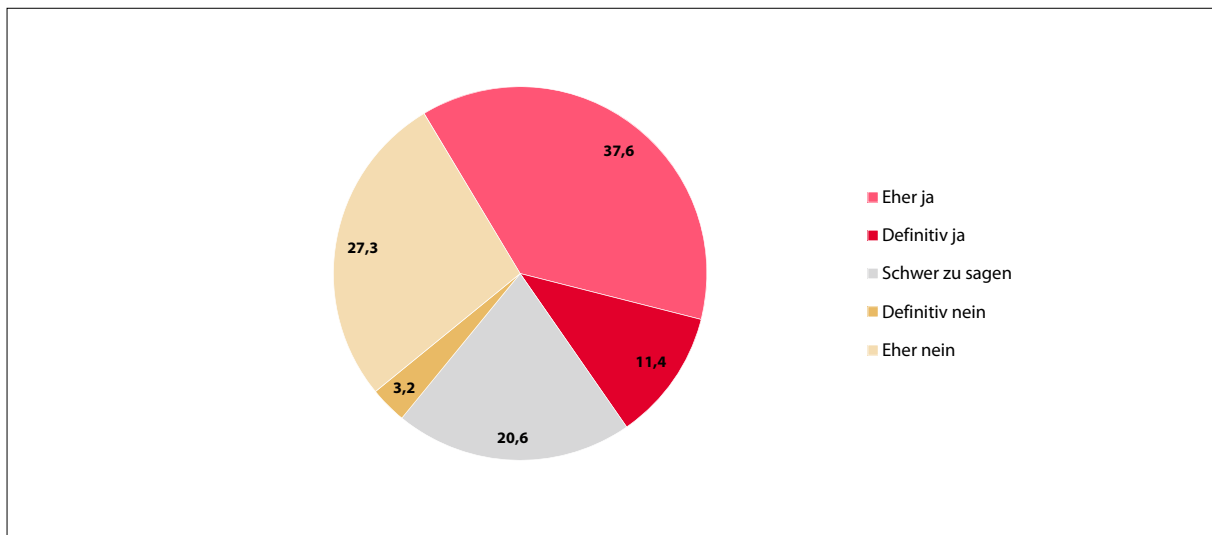
Quelle: Rudnik, Alesia: *Digital Transformation Trends in Belarusian Democratic Resistance: Narratives, Perceptions, and Reaction of the State*, S. 11, Friedrich-Ebert-Stiftung, October 2023, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/belarus/20684.pdf>

**Grafik 5:** Hier sind einige Aussagen mit einer möglichen Einschätzung der Rolle digitaler Technologien bei der Bewältigung politischer Herausforderungen aufgeführt. Bitte wählen Sie die Aussagen aus, denen Sie zustimmen (% , mehrere Antworten möglich)



Quelle: Rudnik, Alesia: *Digital Transformation Trends in Belarusian Democratic Resistance: Narratives, Perceptions, and Reaction of the State*, S. 12, Friedrich-Ebert-Stiftung, October 2023, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/belarus/20684.pdf>

**Grafik 6:** Glauben Sie, dass die oben erwähnten digitalen Projekte die politische Situation in Belarus beeinflussen können? (%)



Quelle: Rudnik, Alesia: *Digital Transformation Trends in Belarusian Democratic Resistance: Narratives, Perceptions, and Reaction of the State*, S. 12, Friedrich-Ebert-Stiftung, October 2023, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/belarus/20684.pdf>

## CHRONIK

## 01. September – 27. Oktober 2023

01.09.2023	Das Staatliche Grenzkomitee von Belarus vermeldet eine Verletzung des Luftraums durch einen polnischen Militärhubschrauber in der Region Hrodna.
02.09.2023	Ein Brigadegeneral der polnischen Streitkräfte verkündet, die Berichte von Belarus über Verletzungen des belarusischen Luftraums durch Polen seien Lügen und eine Provokation.
04.09.2023	Laut Information des Verteidigungsministers von Belarus, Wiktar Chrenin, haben die westlichen Nachbarstaaten von Belarus eine Absage dahingehend erteilt, die gemeinsamen Militärübungen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit »Kampfbruderschaft 2023« in Belarus zu beobachten.
04.09.2023	Lukaschenka unterzeichnet den Erlass Nr. 278, dem zufolge es Belarus*innen nicht mehr möglich ist, Ausweispapiere in belarusischen Botschaften oder Konsulaten zu beantragen oder zu verlängern, sondern nur noch in Belarus selbst. Zichanouskaja warnt belarusische Bürger*innen davor, nach Belarus zurückzukehren, da eine Verfolgung durch die belarusischen Behörden drohen kann.
08.09.2023	Die EU kritisiert den Präsidialerlass Nr. 278 als »neueste in einer Reihe von Maßnahmen, die das Regime gegen Exil-Belarus*innen ergreift«.
13.09.2023	Die Abgeordneten des EU-Parlaments stimmen mit überwältigender Mehrheit für eine Resolution, die den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) dazu aufruft, einen Haftbefehl gegen Lukaschenka zu erlassen. Die Resolution definiert Belarus als »Satellitenstaat Russlands« und fordert Sanktionen gegen Belarus. Diese sollen denen ähneln, die die EU gegen Russland verhängt hat. Belarus wird außerdem vorgeworfen, in die Deportation ukrainischer Kinder durch russische Truppen aus besetzten Gebieten der Ukraine verwickelt zu sein.
15.09.2023	Bei einem Treffen mit Putin in Sotschi bekundet Lukaschenka Interesse an einer dreiseitigen Partnerschaft mit Russland und Nordkorea.
17.– 23.09.2023	Aus Anlass der UN-Generalversammlung tritt Zichanouskaja eine Reise nach New York an. Dabei nimmt sie an hochrangigen Treffen mit führenden Politiker*innen, Außenminister*innen und Vertreter*innen internationaler Organisationen teil, um die Anliegen der demokratischen Kräfte in Belarus zu vertreten. Sie fordert unter anderem den Ausschluss von Lukaschenka und seinen Vertreter*innen aus UN-Gremien, da das Regime seinen Verpflichtungen gegenüber den Bürger*innen nicht nachkomme und das belarusische Volk nicht angemessen repräsentiere.
19.09.2023	Lettland stellt die Arbeit des Grenzübergangs Silene, eines der beiden Kontrollpunkte an der Grenze zu Belarus, ab dem 19. September ein; Lettland wirft dem autoritären Regime vor, illegale Migranten als »hybride Bedrohung« einzusetzen.
20.09.2023	Das Passerlass Nr. 278 sei Teil einer »gezielten Politik der Bestrafung ausgewanderter Belarus*innen«, steht in einer Erklärung von fünf Expert*innen des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, die u. a. von der Sonderberichterstatterin der UNO für die Menschenrechtssituation in Belarus, Anaïs Marin, unterzeichnet wurde. Die Autor*innen fordern die Staaten auf, Belarus*innen mit abgelaufenen Pässen nicht abzuschieben und ihnen bei der Beschaffung alternativer Reise- und Ausweisdokumente zu helfen.
22.09.2023	Die stellvertretende UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Nada Al-Nashif, stellt Aktualisierungen des Frühjahrsberichts über die Menschenrechtssituation in Belarus vor und fordert eine weitere Untersuchung der Repressionen in Belarus.
28.09.2023	Ein ehemaliges Mitglied der belarusischen Sicherheitskräfte, Jury Harauski, wird aufgrund zahlreicher Widersprüche in seinen Aussagen vor einem Schweizer Gericht freigesprochen. Er hatte am 19. September gestanden, an der Entführung von drei Oppositionsvertretern im Jahr 1999 beteiligt gewesen zu sein. Der Fall Harauski ist das erste Gerichtsverfahren, das sich im Rahmen der universellen Gerichtsbarkeit mit Verbrechen des Lukaschenka-Regimes beschäftigt.
28.09.2023	Lukaschenka empfängt die neue Botschafterin Ungarns, Zita Ilona Bencsik, in Minsk. Sie ist die erste Botschafterin eines EU-Landes seit 2020, die Lukaschenka ihre Akkreditierungsdokumente übergibt. Lukaschenka nahm zudem die Akkreditierungen von Botschafter*innen aus 10 weiteren Ländern entgegen.
28.– 29.09.2023	Belarus beschuldigt Polen erneut, den belarusischen Luftraum verletzt zu haben. Die polnische Seite weist am Folgetag die Vorwürfe zurück und erklärt, dass es keine Beweise für eine Grenzverletzung gebe.

03.10.2023	Swjatlana Zichanouskaja und Volha Harbunowa, die Beauftragte für soziale Fragen im Vereinigten Übergangskabinett von Belarus, gründen die »Gruppe der Freund*innen eines demokratischen Belarus« innerhalb der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Zichanouskaja fordert das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) und das OSZE-Sekretariat auf, sich für einen Zugang zu politischen Gefangenen in Belarus sowie zu Gerichtsverhandlungen einzusetzen und die Verfolgung der Verbrechen des Lukaschenka-Regimes voranzutreiben.
05.10.2023	Zichanouskaja fordert die EU auf, einen EU-Sondergesandten für Belarus zu ernennen. Dies wird bei einem Treffen mit dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, am Rande des Gipfeltreffens der Europäischen Politischen Gemeinschaft im spanischen Granada besprochen.
07.10.2023	Das belarussische Außenministerium fordert eine »Deeskalation der Spannungen« in der Region Israel und Palästina und die Aufnahme von Verhandlungen. Israel wurde am Morgen einem massiven Raketenangriff aus dem Gazastreifen ausgesetzt, der von der palästinensischen Gruppe Hamas kontrolliert wird. Zudem wurden in Israel Hunderte Zivilisten von Hamas-Kämpfern ermordet, geschändet und verschleppt.
08.10.2023	Der Bundestag debattiert in Anwesenheit von Swjatlana Zichanouskaja über europäische Perspektiven für Belarus. Ein direkt von den Koalitionsfraktionen eingebrachter Antrag mit dem Titel »Für ein demokratisches Belarus in der europäischen Familie« wird vom Parlament im Anschluss an die Aussprache mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bei Enthaltung von CDU/CSU und Der Linken angenommen.
09.10.2023	Swjatlana Zichanouskaja erhält in Dänemark den »Women for Peace and Security Award« der Parlamentarischen Versammlung der NATO.
10.10.2023	Die Demokratischen Kräfte von Belarus erhalten ein eigenes Büro im Gebäude des Europarats. Das Büro wird für die Durchführung von Treffen und Beratungen im Rahmen der Arbeit der Kontaktgruppe des Europarates für Belarus und der interparlamentarischen Zusammenarbeit genutzt. Die Kontaktgruppe ist seit November 2022 aktiv; sie besteht auf belarussischer Seite aus Vertreter*innen demokratischer Kräfte und der Zivilgesellschaft.
12.10.2023	Die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) empfiehlt dringend, auf offizielle Kontakte mit Belarus und der Russischen Föderation zu verzichten und einen Dialog mit den jeweiligen demokratischen Kräften aufrechtzuerhalten. Dies geht aus der angenommenen Resolution »Die Rolle des Europarates bei der Konfliktprävention, der Wiederherstellung des Vertrauens in internationale Institutionen und der Förderung der globalen Welt« hervor.
13.10.2023	Aljaksandr Lukaschenka reist nach Kirgisistan, um am Gipfeltreffen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) teilzunehmen; er betont, dass der Westen die GUS schwächen wolle.
17.10.2023	Anlässlich des 30. Jahrestages der Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen dem Iran und Belarus reist der iranische Vizepräsident Mohammad Mokhber nach Minsk. Während des Treffens befürwortet Lukaschenka eine engere Zusammenarbeit, um »Angriffe aus dem Westen« zu bekämpfen.
19.10.2023	Aljaksandr Lukaschenka unterzeichnet das Dekret Nr. 326, das neue Beschränkungen für Unternehmen mit Gründer*innen aus sogenannten »feindlichen« Ländern einführt. Dies umfasst Einschränkungen beim Immobilienverkauf und erhöht die Kosten für Versicherung und Transportdienste aus EU-Ländern.
20.– 21.10.2023	Swjatlana Zichanouskaja besucht die Republik Moldau, was ihr erster offizieller Besuch in einem ehemaligen GUS-Land ist. Während ihres Aufenthalts traf sie sich mit der moldauischen Präsidentin Maia Sandu sowie mit Mitgliedern der parlamentarischen Gruppe »Für ein demokratisches Belarus«. Außerdem nahm sie am »Moldova Women Forum 2023« teil.
27.10.2023	Die Europäische Union sei entschlossen, die Menschenrechtssituation in Belarus anzugehen und werde das belarussische Volk weiterhin bei seinem legitimen Streben nach Demokratie unterstützen, heißt es in einer EU-Erklärung auf der 78. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Zusammengestellt auf der Grundlage von Meldungen des Nachrichtenkanals auf Telegram *pozirkonline* (ehem. *naviny.by*).

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

**Herausgeber:**

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.  
Deutsches Polen-Institut  
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung  
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

**Redaktion:**

Olga Dryndova (verantwortlich)  
Sprachredaktion: Hartmut Schröder  
Satz: Matthias Neumann

**Wissenschaftlicher Beirat:**

Prof. Dr. Margarita Balmaceda, Seton Hall University / Harvard University  
Prof. Dr. Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
Dr. Astrid Sahn, IBB Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

ISSN 2192-1350 © 2023 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607  
e-mail: [laender-analysen@uni-bremen.de](mailto:laender-analysen@uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus>





## LÄNDER-ANALYSEN



## Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

### Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich  
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.  
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

### Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

### Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich  
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

### Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich  
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>